

Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE in München:

Deutliches Bekenntnis der Kommunen für Europa

Unter dem Motto „Kommunen in EUROPA der Kommunen“ versammelten sich rund 300 Kommunalpolitikerinnen und -politiker der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 19. und 20. November 2018 auf Einladung der bayerischen Landeshauptstadt München zur alle drei Jahre stattfindenden Delegiertenversammlung. Als prominenten Redner hatte die deutsche RGRE-Sektion den Mitbegründer und Vorstandsvorsitzenden der Bürgerbewegung „Pulse of Europe“, Dr. Daniel Röder, gewinnen können.

Ein Beitrag von
Barbara Baltsch

Selten zuvor ging von einer Delegiertenversammlung der **Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)** ein so deutliches und eindrucksvolles Bekenntnis zu Europa aus. „Europa ist kein Projekt für Eliten“, betonte der scheidende RGRE-Präsident und Landrat Georg Huber zu Beginn der Delegiertenversammlung in der Alten Kongresshalle in München. Europa müsse von unten, aus den Kommunen heraus und im Kontakt mit den Menschen wachsen.

„Wir verdanken Europa sieben Jahrzehnte des Friedens und müssen dies den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen“, sagte auch Münchens Oberbürgermeister und Gastgeber der Delegiertenversammlung, Dieter Reiter. Mit Blick auf die europakritischen und europafeindlichen Strömungen in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten müssten sich die Kommunen klar zu Europa bekennen. In der Landeshauptstadt München werde das „Ja zu Europa“ konkret sichtbar – etwa in den zahlreichen Städtepartnerschaften, der Teilnahme an EU-Projekten, der aktuellen Kampagne #munich4EUROPE, Veranstaltungen wie dem jährlichen Münchner Europa-Tag oder auch der Unterstützung von pro-europäischen Bürgerbewegungen wie „Pulse of Europe“.

Appell zum Aktivwerden

Deren Mitgründer und Vorstandsvorsitzender Dr. Daniel Röder rief angesichts der im



Foto: Barbara Baltsch

Mai nächsten Jahres anstehenden Europawahlen dazu auf, aktiv für Europa zu werben. Mit Blick auf den von der Mehrheit der Europäerinnen und Europäer nicht für möglich gehaltenen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union sowie der Wahl von Donald Trump bei der letzten US-Präsidentenwahl warnte Röder eindringlich davor, die europaskeptischen und europafeindlichen Kräfte und Parteien in vielen Ländern Europas zu unterschätzen. „Wir haben es mit einem autoritären Nationalismus zu tun“, sagte Röder in Anspielung auf die Orbans, Kaczynskis, Le Pens, Wilders und Salvinis dieser Zeit. Sie bedrohten Europa und wollten es von innen heraus zerstören.

Den Feinden Europas gelänge es, ihre Anhänger mit Ängsten und Fehlinformationen zu mobilisieren, so Röder. Manipulation und

Vizepräsident Karl-Heinz Schäfer (links), Präsident Georg Huber (Mitte), Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter (2. v. rechts) und Generalsekretär Helmut Dedy (rechts) begrüßten Dr. Daniel Röder (2. v. rechts) von der Bürgerbewegung „Pulse of Europe“

Zur Autorin:

Barbara Baltsch ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.

Lügen im Internet und den sozialen Medien durch Trolle und Bots seien an der Tagesordnung. Hier müssten die Verantwortlichen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit Fakten und Emotionen für ein gemeinsames Europa gegenhalten. „Die Lage ist ernst und wir haben nicht viel Zeit“, mahnte der Europaaktivist. „Wir kämpfen die Schlacht um Europa. Verteidigen wir dieses Europa mit derselben Inbrunst wie deren Feinde sich an die Zerstörung machen“, appellierte er.

Den Kommunen kommt laut Röder bei der Verteidigung eines supranationalen Europas, das auf Rechten, Pflichten und Werten beruht, eine Vorreiterrolle zu. „Europa wird in den Städten, Gemeinden und Regionen gebaut“, so Röder, der sich für eine Wiederbelebung der Kommunalpartnerschaften und mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit aussprach. „Lassen Sie uns gemeinsam die Ärmel hochkrempeln, um Europa mit Herz, Leidenschaft und Verstand wieder Leben einzuhauchen“, appellierte er an die zahlreichen Kommunalpolitikerinnen und -politiker im Saal.

Für einen europäischen Feiertag

„Europapolitik ist immer auch Kommunalpolitik und Kommunalpolitik immer auch Europapolitik“, betonte der Generalsekretär der Deutschen Sektion des RGRE, Helmut Dedy, der die bewegende und aufrüttelnde Rede des Mitbegründers von „Pulse of Europe“ lobte. Wie Röder wünschte sich auch Dedy ein stärkeres Bewusstsein für die moralischen Werte der Europäischen Union und plädierte für einen gemeinsamen europäischen Feiertag.

Gleichzeitig sprach sich Dedy für ein neues Narrativ für Europa aus: „Für meine Eltern bedeutete Europa Frieden. Für mich waren es die offenen Grenzen. Aber was ist Europa für meinen Sohn?“, forderte der Generalsekretär die Anwesenden auf, die positive Erzählung Europas weiterzuspinnen und dabei vor allem die Jugendlichen in den Blick zu nehmen. Dedy wies in diesem Zusammenhang auf das bei der Delegiertenversammlung organisierte Jugendforum hin. „Das war klasse, lebendig und konkret“ und habe gezeigt, dass „wir vielleicht auch eine andere Sprache brauchen“, um den Menschen Europa wieder näherzubringen. Die anwesenden Kommunalpolitikerinnen und -politiker lud Dedy ein, noch stärker als bisher mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, um sie für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 zu mobilisieren.



Foto: Barbara Baltisch

Mehrwert durch EU-Kohäsionspolitik

Für die Menschen vor Ort konkret sichtbar und erlebbar wird die Europäische Union vor allem durch ihre kohäsionspolitischen Projekte. Neben dem Abbau von wirtschaftlichen Ungleichheiten in den europäischen Regionen und der Förderung von nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung ist dies ihr besonderer europäischer Mehrwert. In einer Podiumsdiskussion widmete sich die Delegiertenversammlung der auch für die Kommunen wichtigen Frage, wie es nach dem Ende der aktuellen Förderperiode ab dem Jahr 2021 mit der EU-Kohäsionspolitik weitergeht.

Professor Dr. Wolfgang Streitenberger, ehemaliger Conseiller und Senior Adviser bei der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission, betonte, dass nach den im Mai 2018 vorgestellten Plänen der Kommission alle Regionen in Deutschland nach 2020 weiterhin von Fördermitteln profitieren sollen. Dafür hatte sich die Deutsche Sektion des RGRE bereits im Frühjahr 2017 in ihrem **Positionspapier zur neuen Förderperiode für die Jahre 2021 bis 2027** und ihrer Europaarbeit in den letzten Monaten in Brüssel erfolgreich eingesetzt. Wie der Leiter der Verwaltungsbehörde für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Bernhard Klein, sagte, sei die Aufteilung der Fördermittel unter den deutschen Bundesländern aber noch unklar.

Der Landrat des Landkreises Görlitz und Mitglied im Europäischen Ausschuss der Regionen, Bernd Lange, und die Oberbürgermeisterin der Stadt Zwickau, Dr. Pia Findeiß, unterstrichen die Bedeutung der EU-Kohäsionspolitik insbesondere für die ostdeutschen Kommunen und Regionen. Sie wünschten sich vor allem eine stärkere Förderung der grenzüberschreitenden Zusam-

Unter der Moderation von Henriette Wägerle von der Landeshauptstadt München (3. v. links) diskutierten die Kommunalpolitikerinnen und -politiker mit Fachleuten über die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik nach 2020



Foto: Barbara Baltisch

Die Delegierten meldeten sich in der Delegiertenversammlung mit engagierten Beiträgen zu Wort

menarbeit. Regionspräsident Hauke Jagau von der Region Hannover machte deutlich, dass es auch in den westdeutschen Bundesländern zum Teil erhebliche wirtschaftliche Disparitäten gebe. Ziel müsse es sein, sowohl strukturschwache und strukturstarke Regionen zu fördern.

Einig waren sich alle Podiumsteilnehmenden, dass die EU-Förderprogramme künftig so gestaltet werden müssen, dass sie gut verständlich und ohne großen Aufwand praxistauglich umgesetzt werden können. Zudem sprachen sie sich für eine stärkere Regionalisierung der Fördermittel aus. Mehr Flexibilität wünschten sich die Kommunalpolitikerinnen und -politiker auch bei dem durch die Kommunen zu leistenden Ko-Finanzierungsanteil bei der Durchführung von EU-Projekten. Um eine praxistaugliche und bürgernahe Förderung zu ermöglichen, müsse die kommunale Ebene zudem aktiv bei der Erstellung der Operationellen Programme der Länder beteiligt werden. Nur so könnten Fördermittel effizient eingesetzt und Projekte gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auch erfolgreich kommuniziert werden.

Münchener Erklärung

Zum Abschluss verabschiedeten die Delegierten der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas die [„Münchener Erklärung“](#). Darin bekräftigten sie ihren Glauben „an ein starkes und vereintes Europa, das auf gemeinsamen wichtigen Werten beruht: Demokratie, Menschenrechte, Solidarität, Gleichstellung der Geschlechter und Achtung der Rechtsstaatlichkeit“ und an ein Europa, das nur gemeinsam in einer globalen Welt seine Interessen gegenüber den anderen großen Akteuren wie den USA, China und Russland vertreten sowie die Herausforderungen der Zukunft wie den Klimawandel, die Ressourcenverknappung und die nachhaltige Entwicklung aller Kontinente lösen könne. Dazu könnten die kommunalen Partnerschaften einen wichtigen Beitrag leisten, weil sie das Motto „global denken – lokal handeln“ erlebbar machten. Auch die Jugend und deren Interessen sollten „in allen relevanten Bereichen“ berücksichtigt werden.

Die aktuellen und zukünftigen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die Mitglieder der Europäischen Kommission und die Bundesregierung werden aufgefordert, die Schlüsselrolle der Städte, Landkreise und Gemeinden bei der Vorbereitung, Gestaltung, Finanzierung und Umsetzung der wichtigsten Politiken der Europäischen Union anzuerken-



Foto: Foto: Barbara Baltsch

nen und deren Rolle deutlich zu stärken. Die Einbindung der kommunalen Ebene sollte über Konsultationen vor und während der Vorlage von Gesetzesvorschlägen durch die Europäische Kommission und durch Anhörungsrechte beim Europäischen Parlament institutionalisiert werden. Zugleich mahnen die Delegierten die EU, „ihrer Selbstverpflichtung zur Wahrung der Subsidiarität und Achtung der kommunalen Selbstverwaltung aufrichtig nachzukommen“.

Die Kommunen fordern außerdem, den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu europapolitischen Themen zu suchen, „um eine größere Transparenz bei Entscheidungen“ zu erhalten. Auch solle eine gemeinsame Ausgestaltung, vor allem aber Umsetzung der Asylpolitik erfolgen, einschließlich einer europaweiten, solidarischen Verteilung der Flüchtlinge sowie eines wirksamen Schutzes der EU-Außengrenze und der Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsstaaten. ■

Zum Abschluss verabschiedeten die Delegierten die Münchener Erklärung, in der sie eine stärkere Einbindung der Kommunen in die Europaarbeit und eine den örtlichen Gegebenheiten angepasste EU-Förderpolitik ab 2020 fordern

Arbeitskreise

Im Rahmen der Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas wurden vier Arbeitskreise (Workshops) zu folgenden Themen veranstaltet:

- Europa vor Ort – Kommunale Europaarbeit zwischen knappem Budget und Bürokratie (siehe S. 6-8)
- Kommunale Partnerschaften – Ein Modell von gestern oder wichtiges Instrument gerade in politisch schwierigen Zeiten? (siehe S. 9-11)
- Die Kommunen auf der europäischen Bühne – wie gelingt die kommunale Interessenvertretung in Brüssel? (siehe S. 12-14)
- Europa und die Jugend – die Jugend in Europa (siehe S. 15-18)

Infos

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE):

☞ <http://www.rgre.de/>

Positionspapier „Kommunale Forderungen für die zukünftige Kohäsionspolitik der EU“:

☞ https://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/PoPa_RGRE_Zukunft_Kohaesion_gebilligt.pdf

Münchener Erklärung:

☞ https://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/resolutionen/MuENCHENER_ResoLUTION_des_RGRE_2018.pdf